

Tages in einer Informationsstelle zum Endlager informieren wollte, wurde er dort von einem Mitarbeiter herumgeführt. Vor einem Foto, auf dem Atomkraftgegner in Brokdorf zu sehen waren, hielten sie inne und der Mitarbeiter erklärte: „Die hat man auch alle vergessen zu vergessen.“ Der Pastor war entsetzt über diese Äußerung. Später entwickelte er eine zunehmend kritische Einstellung gegenüber den Plänen der Bundesregierung. Daß man den Widerstand von offizieller Seite immer wieder versuchte in eine kriminelle Ecke zu drängen, davon können viele Bürger im Wendland ein Lied singen. Ihr Vertrauen in Politiker hat Marianne Fritzen durch den Jahrzehnte währenden Konflikt rund um das vorgebliche Erkundungsbergwerk in Gorleben verloren.

hib – heute im bundestag Nrn. 38 und 39 v. 27. und 28.01.2011.
MdB Dorothee Menzner, Die Linke, Newsletter PUA Gorleben vom 28.01.2011. ●

Atom Müll

„Lockgesang“

Bundesumweltminister Röttgen hat jetzt auf einer CDU-Klausurtagung in Walsrode angekündigt, daß die „Sicherheitsprüfung“ für ein Endlager im Salzstock Gorleben schon in weniger als zwei Jahren beendet sein könnte. Die „Experten“ dafür hat er ausgesucht: Gutachter, die seit vielen Jahren Gorleben als Endlager befürworten. Vorher hatte der Minister im Dialog mit der Atomindustrie eine ganze Reihe von Entscheidungen getroffen. Die Versuche der betroffenen Bevölkerung, mit Herrn Röttgen ins Gespräch zu kommen, hat er dagegen ausgeschlagen, erklären die Bäuerliche Notgemeinschaft und die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Der Minister hat entschieden, daß die

Menge des hochradioaktiven Atommülls noch einmal um mindestens ein Drittel erhöht werden darf. Er hat entschieden, daß für es die Endlagerung dieses Mülls keine neue Standortsuche gibt. Er hat entschieden, allein den Salzstock in Gorleben zu untersuchen – alternativlos. Und daß er für diese Arbeiten auf alte juristische Grundlagen zurückgreift. Die Bäuerliche Notgemeinschaft ist davon überzeugt, daß der Jurist Röttgen wußte weshalb: Mit dem uralten Rahmenbetriebsplan kann er die Mitspracherechte der betroffenen Bevölkerung aushebeln, die heutigen Rechtsvorschriften hätten dies nicht mehr zugelassen.

Für den Februar hat Röttgen seinen neuerlichen Besuch in Lüchow-Dannenberg angekündigt. Und am vorletzten Wochenende des Monats Januar nun sagte Röttgen, die Bevölkerung des Kreises Lüchow-Dannenberg solle über die Fragestellungen der Untersuchungen „mitentscheiden“ dürfen. Die Bäuerliche Notgemeinschaft hält dieses Angebot für eine Leimrute. Sie ist davon überzeugt, daß der Jurist Röttgen genau weiß, was er tut: Eine Dialog-Inszenierung solle seine atompolitischen Entscheidungen nachträglich legitimieren. ●

Uranbergbau-Altlasten

Die Wismut-Sanierung dauert mindestens noch 30 Jahre

Entgegen ursprünglichen Plänen wird die Altlastensanierung des einstigen Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen offenbar noch mindestens bis zum Jahr 2040 andauern. Die Mammutaufgabe werde weder 2015 noch 2020 abge-

schlossen sein, erklärte der technische Geschäftsführer der Wismut GmbH, Stefan Mann, gegenüber der Freien Presse.

Bisher ist die Altlastensanierung erst zu etwa 80 Prozent abgeschlossen. Dabei sind in das Sanierungsprojekt der bundeseigenen Wismut GmbH bisher bereits 5,4 Milliarden Euro investiert worden. Das hatte Unternehmenssprecher Frank Wolf am 23. Dezember 2010 erklärt. Allein im Jahr 2010 habe das Unternehmen 145 Millionen Euro verbaut. In die Wismut-Sanierung wollte der Bund bisher insgesamt 6,4 Milliarden Euro investieren, was nicht bis 2040 reichen wird.

Am weitesten vorangeschritten seien die Arbeiten unter Tage. Als Sorgenkind bezeichnete Wolf den sächsischen Altstandort Königstein, wo die Endphase der Grubenflutung noch bevorstehe. Die sensible natürliche Umgebung

Atomforschung

Der Forschungsreaktor der TU München soll noch mindestens bis 2018 mit atomwaffenfähigem Uran betrieben werden

Die Bemühungen zur Umstellung auf mittel angereichertes Uran seien trotzdem seriös, meint die Bundesregierung.

Der Stand von Wissenschaft und Technik in der Entwicklung hochdichter Brennstoffe für den Einsatz in Hochleistungsforschungsreaktoren werde jährlich in den beiden Konferenz-Serien Research Reactor Fuel Management (RRFM) und Reduced Enrichment for Research and Test Reactors (RERTR) erörtert und die Bundesregierung zweifle auch nicht an der Seriosität solcher Forschungsar-

beiten. Das versichert die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/4347 vom 28.12.2010) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Demgemäß werde erwartet, daß bis 2016 die Qualifikation hochdichter Brennstoffe mittlerer Anreicherung für den Einsatz in Hochleistungsforschungsreaktoren abgeschlossen ist. Nach Qualifikation dieses Brennstoffes seien dann noch

und ein dauerhafter Grundwasserschutz machten dort besondere Vorkehrungen erforderlich. Zudem habe nach den hohen Niederschlägen an allen Standorten deutlich mehr kontaminiertes Wasser gereinigt werden müssen.

Für 2011 hat das Sanierungsunternehmen nach eigenen Angaben einen Etat von 139 Millionen Euro zur Verfügung. Für fünf Millionen Euro soll die Anlage zur Wasserreinigung im thüringischen Ronneburg erweitert werden. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Sanierung der Schlammteiche unter anderem in Culmitzsch.

Von 1946 bis 1990 wurde in Ostthüringen und Sachsen Uran für die sowjetische Rüstungs- und Atomindustrie erkundet und gefördert. Dabei entwickelte sich die DDR zum weltweit drittgrößten Produzenten von Uranerz. Der Abbau erfolgte ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt. ●